

Minderheitenpolitik in der Zweiten Polnischen Republik 1918-1939

von

Stephan Stach

Die Minderheitenpolitik der Zweiten Polnischen Republik ist ein Themenfeld, das seit den 1960er Jahren intensiv erforscht wird. Insbesondere einige frühe, stark von verschiedenen nationalen Narrativen geprägte Studien¹ haben erhebliche Kontroversen hervorgerufen, da sie die Benachteiligung und Unterdrückung der jeweils eigenen Gruppe durch den polnischen Staat in den Vordergrund rückten. Dies veranlasste (exil-)polnische Historiker dazu, den betreffenden Autoren eine „antipolnische“ Grundeinstellung² vorzuwerfen oder ihnen gar jegliche wissenschaftliche Qualifikation abzusprechen³. Dabei wiesen diese Kritiker die geschilderte Diskriminierung von Minderheiten auch unter Berufung auf ihre eigene Erfahrung⁴ zurück oder relativierten sie zumindest. Aus der innerpolnischen Perspektive wiederum wurde der Beitrag der nicht ethnisch polnischen Staatsbürger zur politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Zweiten Republik oft ignoriert oder heruntergespielt.⁵

¹ Etwa STEPHAN M. HORAK: *Poland and Her National Minorities, 1919-39. A Case Study*, New York 1961; CELIA S. HELLER: *On the Edge of Destruction. Jews of Poland between the Two World Wars*, Detroit 1977; HOWARD MORLEY SACHAR: *The Course of Modern Jewish History*, New York 1958.

² GEORGE J. LERSKI: Rezension zu HELLER (wie Anm. 1), in: *Catholic Historical Review* 66 (1980), 1, S. 79-82, hier S. 82.

³ STANISŁAW JERZY PAPROCKI: Rezension zu HORAK (wie Anm. 1), in: *Niepodległość. Czasopisma poświęcone najnowszym dziejom Polski* 8 (1972), S. 220-223.

⁴ So argumentiert etwa LERSKI (wie Anm. 2), S. 81, mit seinen Erfahrungen als Schüler eines Lemberger Gymnasiums mit einer großen Anzahl jüdischer Schüler und Lehrer, wo ihm kein Antisemitismus begegnet sei; PAPROCKI (wie Anm. 3), S. 222, wiederum verweist auf seine Erfahrung als Leiter des Instytut Badań Spraw Narodowościowych.

⁵ Bei WŁADYSŁAW POBÓG-MALINOWSKI: *Najnowsza historia polityczna Polski 1864-1945. T. 2: 1919-1939* [Neueste Politikgeschichte Polens 1864-1945. Bd. 2: 1919-1939], Londyn 1956, werden die Minderheiten größtenteils ausgeblendet, und bei HENRYK WERESZYCKI: *Poland 1918-1939*, in: *History of Poland*, hrsg. von ALEKSANDER GIEYSZTOR u.a., Warszawa 1968, S. 635-710, kommen Minderheiten nur im Kontext des Versailler Minderheitenschutzvertrags und im Unterkapitel „The Ukrainian and Byelorussian Question“ als Unruhestifter in den Ostgebieten vor.

Henryk Zieliński war mit seiner Geschichte Polens in den 1980er Jahren einer der ersten, die Minderheiten in das historische Narrativ integrierten⁶ und die Zweite Polnische Republik – mit Jerzy Tomaszewski gesprochen – „nicht nur [als] Vaterland der Polen“, sondern als „Republik der vielen Nationen“⁷ verstanden. Diese Sichtweise setzte sich jedoch erst in den 1990er Jahren langsam durch.⁸ In dieselbe Zeit fällt auch der Beginn einer intensiven, internationalen Historikerdebatte zum Thema der Minderheitenpolitik, die durch den Zusammenbruch des Kommunismus und den Wegfall ideologischer Vorgaben nach 1989 erneut heftig stimuliert wurde. Dieser Trend hat sich in neueren Studien zur Minderheitenpolitik der Zweiten Polnischen Republik mehr und mehr durchgesetzt, so dass zunehmend nach dem Umgang des Staates und seiner Bevölkerung mit dem multiethnischen Charakter der Zweiten Republik gefragt wird. In der Forschungsliteratur der letzten Jahre kristallisieren sich vor allem drei Schwerpunkte heraus: zum einen Untersuchungen zu den minderheitenpolitischen Konzepten der polnischen politischen Lager; zum andern Studien mit regionalem oder lokalem Fokus auf dem östlichen Polen, die das Zusammenleben der einzelnen nationalen Gruppen in einem Gebiet untersuchen, in dem die sogenannten nationalen „Minderheiten“ gegenüber den Polen tatsächlich eine Mehrheit darstellten, und schließlich Analysen des politischen Lebens der Nationalitäten. Im vorliegenden Beitrag werden dabei neuere polnisch-, deutsch- oder englischsprachige Studien betrachtet, die sich vorrangig mit der jüdischen Bevölkerung sowie den ostslawischen Minderheiten beschäftigen.

Die Beurteilung der minderheitenpolitischen Konzepte der polnischen politischen Lager

Die minderheitenpolitischen Konzepte der einzelnen politischen Lager und Regierungen stellen nach wie vor ein wichtiges Feld der Forschung zu dieser Thematik dar.⁹ Sie sind dabei sowohl Gegenstand eigener, vor allem politik-

⁶ HENRYK ZIELIŃSKI: *Historia Polski 1914-1939* [Geschichte Polens 1914-1939], Wrocław u.a. 1983.

⁷ In Anlehnung an die Titel von zwei seiner Monografien, vgl. JERZY TOMASZEWSKI: *Ojczyzna nie tylko Polaków. Mniejszości narodowe w Polsce w latach 1918-1939* [Nicht nur die Heimat der Polen. Nationale Minderheiten in Polen 1918-1939], Warszawa 1985; und DERS.: *Rzeczpospolita wielu narodów* [Die Republik vieler Nationen], Warszawa 1985.

⁸ Exemplarisch dafür: ALBRYCHT RADZIWIŁŁ, WOJCIECH ROSZKOWSKI: *Historia 1871-1945. Podręcznik dla szkół średnich* [Geschichte 1871-1945. Lehrbuch für Oberschulen], Warszawa 1995, und CZESŁAW BRZOZA: *Polska w czasach niepodległości i II wojny światowej (1918-1945)* [Polen während der Unabhängigkeit und im Zweiten Weltkrieg (1918-1945)], Kraków 2003 (*Wielka Historia Polska*, 9).

⁹ Zu den frühen Studien hierzu zählt ANDRZEJ CHOJNOWSKI: *Koncepcje polityki narodowościowej rządów polskich w latach 1921-1939* [Nationalitätenpolitische Konzepte der polnischen Regierungen 1921-1939], Wrocław u.a. 1979.

wissenschaftlich orientierter Untersuchungen¹⁰ als auch Ausgangspunkt für Studien über die Beziehungen zwischen den Nationalitäten in den östlichen Grenzgebieten. Dabei wird die Haltung in der Frage des Grenzverlaufs eines neuen polnischen Staates von den meisten Autoren als ausschlaggebend dafür angesehen, welche Rolle der nicht-polnischen Bevölkerung eines solchen Staates zugeschrieben wird. Schließlich entschied der Grenzverlauf über die ethnische Zusammensetzung des künftigen Staates.¹¹ Hierbei wird das Föderationskonzept der polnischen Sozialisten dem Inkorporationskonzept der Nationaldemokraten gegenübergestellt.

Die Anhänger der Föderation wollten diese als übernationales Staatswesen errichten, das historisch an die Erste Polnische Republik anknüpfte und deren Völkern – unter polnischer Führung – eine freie Entfaltung ermöglichen sollte.¹² Laut Timothy Snyder sei dieses Konzept geprägt durch die imperiale Erfahrung der litauischen Polen, die sich vom ethnischen Nationsverständnis der zentralpolnischen Nationaldemokratie abgrenzte: „Piłsudskis socialist federalism was an exemplary reaction of Lithuanian Poles to modern politics.“¹³ Sie, so Snyder weiter, hätten die Nation nicht als Sprach-, sondern als Statusgemeinschaft verstanden. Darin könnten die ethnischen Unterschiede zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen akzeptiert und durch eine republikanisch geprägte Idee der polnischen Staatsbürgerschaft ausgeglichen werden.¹⁴ Als eine Art Avantgarde dieser Föderalismuspläne sieht Snyder die sogenannten *krajowcy* [von polnisch *kraj* – Land]. Statt eines ethnisch dominierten Nationalismus schlug diese Gruppe Intellektueller vor, an das Erbe

¹⁰ Hervorzuheben ist hier vor allem der Sammelband: *Między rzeczywistością polityczną a światem iluzji. Rozwiązania problemu mniejszości narodowych w polskiej myśli politycznej XX wieku* [Zwischen politischer Realität und der Welt der Illusionen. Lösungen für das Problem der nationalen Minderheiten im polnischen politischen Denken des 20. Jahrhunderts], hrsg. von JAN JACHYMEK und WALDEMAR PARUCH, Lublin 2001.

¹¹ Zu den Debatten der Föderationalisten und Inkorporationalisten vgl. WERNER BECKE: *Die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik. Staatsmacht und öffentliche Ordnung in einer Minderheitenregion 1918-1939*, Köln u.a. 1999, S. 9-17; TIMOTHY SNYDER: *Sketches from a Secret War: A Polish Artist's Mission to Liberate Soviet Ukraine*, New Haven u.a. 2005, S. 14-20; EUGENIUSZ MIRONOWICZ: *Białorusini i Ukraińcy w polityce obozu piłsudczykowskiego* [Weißrussen und Ukrainer in der Politik des Piłsudski-Lagers], Białystok 2007, S. 5-8; leider stand bei der Abfassung dieses Textes die gedruckte Fassung des Buches nicht zur Verfügung. Eine digitale Form des Manuskriptes – jedoch mit abweichender Paginierung – findet sich allerdings auf der vom Autor betriebenen Homepage unter: <http://kamunikat.org/halounaja.html?pubid=2006> [eingesehen am 26.09.2010]. Die Angaben zu den Seitenzahlen folgen dieser Fassung.

¹² STANISŁAW MICHAŁOWSKI: *Mniejszości Narodowe w myśli politycznej socialistów polskich* [Nationale Minderheiten im politischen Denken der polnischen Sozialisten], in: *Między rzeczywistością polityczną a światem iluzji* (wie Anm. 10), S. 161-180.

¹³ TIMOTHY SNYDER: *The Reconstruction of Nations. Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569-1999*, New Haven – London 2003, S. 58.

¹⁴ Ebenda.

des Großfürstentums Litauen anzuknüpfen. Nationale Zugehörigkeiten hätten darin keine größere Bedeutung, solange sich Litauer, Polen, Weißrussen, Juden und andere als Bürger der Region und eines übernational verstandenen Staatswesens identifizierten.¹⁵ Die dem Föderationskonzept zugrunde liegende Geschichtskonstruktion, die „jagiellonische Idee“, wurde wiederum entscheidend vom Galizier Oskar Halecki geprägt. Deren Konstruktion in den Werken des einflussreichen polnischen Historikers untersuchte unlängst Hans-Jürgen Bömelburg.¹⁶

Dem stand, wie Ewa Maj darlegt, auf Seiten der inkorporationistisch orientierten Nationaldemokraten ein integraler Nationalismus gegenüber, der sich stark am Vorbild der *Action Française* orientierte und einen ausgeprägten Antisemitismus einschloss. Dieser Vorstellung zufolge hatten einzig die Deutschen den Status einer wirklichen nationalen Minderheit. Bei Weißrussen und Ukrainern hingegen handelte es sich demzufolge eher um Bevölkerungsgruppen, die durch die Anziehungskraft der höher stehenden polnischen Kultur-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik zu polonisieren seien.¹⁷

Werner Benecke und Eugeniusz Mironowicz betonen, dass selbst die Föderationalisten nicht von einer völligen Gleichwertigkeit von Ukrainern, Weißrussen und Litauern ausgingen: Auch sie argumentierten mit der vermeintlichen Höherwertigkeit der polnischen Kultur. Die Möglichkeit, dass Weißrussen, Ukrainer oder Litauer sich der geplanten Föderation verweigern könnten, hätten sie nicht einmal ansatzweise in Betracht gezogen. Sie sprachen sich für den Fall, dass die Föderationspläne scheitern sollten, für eine Minimallösung in der Frage des Grenzverlaufs aus, der in etwa jenem der Nationaldemokraten entsprach.¹⁸ Allerdings, relativiert Snyder, handelte es sich bei den Föderationalisten meist um eher elitär geprägte litauische Polen, die ihre eigene Polonität auch gegenüber derjenigen der Zentralpolen als überlegen ansahen. Die Ursache für das Scheitern der Föderationspläne sieht er vor allem in deren Komplexität: Die Bedürfnisse von Polen, Litauern,

¹⁵ Ebenda, S. 55, und: JOHN NEUBAUER, WŁODZIMIERZ BOLECKI: Two Regionalists of the Interwar Period. Józef Mackiewicz and Mária Berde, in: History of the Literary Cultures of East-Central Europe, Junctures and Disjunctures in the 19th and 20th centuries. Bd. 4: Types and Stereotypes, hrsg. von MARCEL CORNIS-POPE und JOHN NEUBAUER, Amsterdam – Philadelphia 2010, S. 539-548, vor allem S. 540-543.

¹⁶ HANS-JÜRGEN BÖMELBURG: Zwischen imperialer Geschichte und Ostmitteleuropa als Geschichtsregion: Oskar Halecki und die polnische „jagiellonische Idee“, in: Vergangene Größe und Ohnmacht in Ostmitteleuropa: Repräsentationen imperialer Erfahrung in der Historiographie seit 1918 / Lost Greatness and Past Oppression in East Central Europe: Representations of the Imperial Experience in Historiography since 1918, hrsg. von FRANK HADLER und MATHIAS MESENHÖLLER, Leipzig 2007 (Geschichtswissenschaft und Geschichtskultur im 20. Jahrhundert, 8), S. 99-133.

¹⁷ EWA MAJ: Od „biernej masy plemiennej“ do „komiwojażera“. Narodowa Demokracja (do 1939) [Von „der passiven Stammesmasse“ zum „Handlungsreisenden“. Die Nationaldemokratie (bis 1939)], in: Między rzeczywistością polityczną a światem iluzji (wie Anm. 10), S. 13-48.

¹⁸ Vgl. BENECKE (wie Anm. 11), S. 25 f.; MIRONOWICZ (wie Anm. 11), S. 8 f.

Weißrussen und Juden waren zu berücksichtigen und zwischen ihren Interessen musste ein Ausgleich hergestellt werden. Polnische – wie auch litauische – Nationalisten hätten sich mit derartigen Schwierigkeiten nicht befassen müssen.¹⁹

Mit dem im Frieden von Riga 1921 besiegelten Grenzverlauf setzte sich die Linie der Inkorporationisten durch, was auch die Nationalitätenpolitik Polens in erheblichem Maße prägte.²⁰ Obwohl die Nationaldemokraten die Regierungen schon vor dem Maiputsch 1926 dominierten – so Cornelia Schenke –, kam es dennoch nicht zu einer raschen Umsetzung der von ihnen propagierten Polonisierungspolitik, da ihre minderheitenpolitischen Maßnahmen in der Tagespolitik wesentlich zurückhaltender ausgefallen seien.²¹

Von besonderem Interesse sind jedoch die unterschiedlichen minderheitenpolitischen Konzepte des Piłsudski-Lagers nach dessen Machtübernahme mit dem Maiputsch von 1926. Der Politologe Waldemar Paruch hat diesem Thema eine ideengeschichtliche und überaus quellenreiche Studie gewidmet. Dabei stellt er zunächst heraus, dass dieses Problemfeld von Piłsudski selbst kaum aufgegriffen wurde und es hierzu innerhalb seines Lagers auch keine klare Kompetenzverteilung gab. Dass es unter den Anhängern des Marschalls, die ideologisch sehr heterogenen Gruppen angehörten, ein durchaus breites Spektrum von Ansichten zur Minderheitenfrage gab, räumt Paruch ein.²² Allerdings problematisiert er dies kaum, wenn er auf Basis publizistischer Äußerungen aus dem Piłsudski-Lager dessen minderheitenpolitische Konzepte ableitet. Paruch macht lediglich zwei Phasen in der Nationalitätenpolitik des Piłsudski-Lagers aus: die „staatliche Konsolidierung“ (*konsolidacja państwowa*), die von der Machtübernahme 1926 bis zu Piłsudskis Tod 1935 dauerte, und die von seinen Nachfolgern betriebene Politik der „nationalen Konsolidierung“ (*konsolidacja narodowa*).²³

Das Konzept der „staatlichen Konsolidierung“ – so Paruch – ging davon aus, dass die nationalen Eigeninteressen der Polen wie auch der nichtpolnischen Minderheiten dem Staatsinteresse als Ganzem schaden. Deshalb sollten alle Einwohner der Zweiten Republik in einer Staatsnation aufgehen, die nicht nur in historischer, sondern auch in geopolitischer Hinsicht als Erbe der Ersten Republik gesehen wurde. Piłsudski und sein Lager knüpften hier deutlich an das Föderationskonzept an, das politisch nicht durchsetzbar gewesen sei und das sie nun einer pragmatischen Neubewertung unterzogen. Neues Ziel der Minderheitenpolitik Polens sollte es sein, die Minderheiten für den

¹⁹ Vgl. SNYDER, *The Reconstruction* (wie Anm. 13), S. 55 und 59 f.

²⁰ Vgl. ebenda, S. 14 f.; MIRONOWICZ (wie Anm. 11), S. 13.

²¹ Vgl. CORNELIA SCHENKE: *Nationalstaat und nationale Frage. Polen und die Ukrainer in Wolhynien (1921-1939)*, München u.a. 2004, S. 50.

²² WALDEMAR PARUCH: *Od konsolidacji państwowej do konsolidacji narodowej. Oboz piłsudczykowski (1926-1939)* [Von der staatlichen Konsolidierung zur nationalen Konsolidierung. Das Piłsudski-Lager (1926-1939)], in: *Między rzeczywistością polityczną a światem iluzji* (wie Anm. 10), S. 71-118, hier S. 73 f.

²³ PARUCH (wie Anm. 22), S. 106-111.

polnischen Staat zu gewinnen und sie somit für den deutschen und sowjetisch-russischen Imperialismus unempfänglich zu machen.²⁴

Dem nationaldemokratischen Programm, die Minderheitenfrage – zumindest in Bezug auf Weißrussen und Ukrainer – mittels einer Polonisierung zu lösen, setzten die neuen Machthaber die staatsbürgerliche Assimilation entgegen. Sie sah – mehr oder minder offen an die Konzepte der *krajowcy* anknüpfend – vor, Minderheiten im Gegenzug für loyales Verhalten dem Staat gegenüber eine freie kulturelle, religiöse, sprachliche und nationale Entfaltung zu ermöglichen.²⁵ Während Paruch sich dezidiert auf den ideengeschichtlichen Aspekt seiner Arbeit konzentriert und daher die reale Umsetzung dieser Konzepte nicht berücksichtigt, zeichnet Cornelia Schenke in der Konfrontation mit der politischen Realität der Zweiten Republik ein eher enttäuschendes Bild von diesen Konzepten. Sie zeigt auf, dass die staatsbürgerliche Assimilation, in Ermangelung klarer Ausgestaltungsideen für einen übernationalen Staat, eher eine Kompromissformel gewesen sei, hinter der sich auch „viel Ratlosigkeit“ verborgen habe.²⁶ Einige Zeitgenossen hätten darin nur eine „Vorstufe zur kulturellen und später auch nationalen Assimilation“²⁷ gesehen, doch sei dieses Konzept auch Ausdruck des Bestrebens gewesen, das „Minderheitenproblem über die Köpfe der Minderheitenvertreter hinweg“²⁸ lösen zu wollen, deren politische Vertreter in Sejm und Senat keine Rolle spielten.

Timothy Snyder bewertet das Konzept in seiner Biografie des wolhynischen Woiwoden Henryk Józefski hingegen positiver: als Ansatz zu einer fruchtbaren gegenseitigen Durchdringung der verschiedenen nationalen Gruppen im polnischen Staat.²⁹ Allerdings ist dies wohl auch der Tatsache geschuldet, dass er aus der Perspektive eines der eifrigsten Verfechter dieser Idee urteilt. Außerhalb des elitären Milieus, in dem sich Józefski bewegte, räumt auch Snyder ein, war eine solch offene und positive Einstellung Ukrainern oder Juden gegenüber kaum anzutreffen – vor allem nicht bei jenen Lehrern, Polizisten und Verwaltungsbeamten, die den Staat im direkten Kontakt mit der Bevölkerung vertraten.³⁰

Als zweite Phase der Minderheitenpolitik des Piłsudski-Lagers macht Paruch das von 1935 bis Kriegsausbruch dominierende Konzept der „nationalen Konsolidierung“ aus. In dessen Folge hätten sich die Wertmaßstäbe innerhalb dieses Lagers komplett verschoben: Anstelle des Staates rückte nun die Nation als Bezugspunkt des politischen Handelns ins Zentrum. Dieses Konzept wurde ergänzt durch eine starke Fixierung auf den Katholizismus

²⁴ Vgl. ebenda, S. 74-83.

²⁵ Vgl. ebenda, S. 83-94.

²⁶ SCHENKE (wie Anm. 21), S. 229.

²⁷ Ebenda, S. 230.

²⁸ Ebenda, S. 228.

²⁹ SNYDER, *Sketches of a Secret War* (wie Anm. 11), S. 64.

³⁰ Vgl. ebenda, S. 136.

und einen – wie Paruch schreibt – Totalitätsanspruch (*totalizm*). In der Konsequenz bedeutete dies, dass ausschließlich römisch-katholische ethnische Polen eine entscheidende Rolle im Staat einnehmen durften.³¹ Gegenüber den slavischen Minderheiten in den Ostgebieten äußerte sich dies in einer verschärften Polonisierung und Katholisierung im Zuge der Wiedergewinnungskampagnen (*rewindikacja*).³² Juden hingegen wurden immer offener diskriminiert und die Lösung der „jüdischen Frage“ nun allein in der Emigration gesehen.³³ Wie Artur Patek aufzeigt, führte dies zugleich zu einem lebhaften Interesse und tatkräftiger Unterstützung der revisionistischen Zionisten um Wladimir Jabotinsky, die für eine rasche „Evakuierung“ möglichst vieler Juden aus Europa nach Palästina eintraten.³⁴

Ob es tatsächlich sinnvoll ist, die von Paruch als „nationale Konsolidierung“ bezeichnete Rückkehr des ethnischen Nationalismus als politische Leitlinie des Regierungslagers als ernsthaftes Konzept zu betrachten, ist umstritten. Viele Historiker sehen es viel eher als Einschwenken auf den Nationalismus der polnischen Rechten. Nach dem Ableben der Integrationsfigur Piłsudski sollte die nationalistische Rhetorik die fehlende Legitimationsbasis ersetzen.³⁵

Untersuchungen zu den polnischen Ostgebieten

Einige Arbeiten der letzten Jahre konzentrieren sich auf die östlichen Grenzgebiete der Zweiten Republik, die sogenannten *Kresy*. Zweifelsohne ist gerade diese Region für Studien zur Nationalitätenpolitik besonders relevant, handelte es sich hierbei doch um „eine Minderheitenregion“, wie Werner Benecke im Untertitel seiner Studie zu „Staatsmacht und öffentlicher Ordnung“ in eben diesem Gebiet feststellt. Den Fokus richtet er dabei auf die Integration der *Kresy* in den polnischen Staatsverband – wobei er Ostgalizien vollständig

³¹ PARUCH (wie Anm. 22), S. 79 f.

³² Mehr dazu unten.

³³ Zur Situation der polnischen Juden in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre vgl. EMANUEL MELZER: *No Way Out. The Politics of Polish Jewry 1935-1939*, Cincinnati 1997; KATRIN STEFFEN: *Jüdische Polonität, Ethnizität und Nation im Spiegel der polnischsprachigen jüdischen Presse 1918-1939*, Göttingen 2004 (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, 3), S. 257-292.

³⁴ ARTUR PATEK: *Alija bet. Z kart stosunków polsko-żydowskich w II Rzeczypospolitej* [Alija Bet. Aus der Geschichte der polnisch-jüdischen Beziehungen in der Zweiten Republik], in: *Biuletyn Instytutu Pamięci Narodowej* 12 (2009), S. 73-78; DERS.: *Żydzi w drodze do Palestyny 1934-1944. Szkice z dziejów aliji bet – nielegalnej imigracji żydowskiej* [Juden auf dem Weg nach Palästina 1934-1944. Skizzen aus der Geschichte der Alija Bet – der illegalen jüdischen Immigration], Kraków 2009. Vgl. auch LAWRENCE WEINBAUM: *A Marriage of Convenience. The New Zionist Organization and the Polish Government 1936-1939*, New York 1993.

³⁵ SCHENKE (wie Anm. 21), S. 398; BENECKE (wie Anm. 11), S. 283 f.; SNYDER, *Sketches of a Secret War* (wie Anm. 11), S. 161.

ausklammert und sich auch sonst auf die weißrussisch besiedelten Territorien konzentriert. Auf breiter Quellenbasis beschreibt er diesen Prozess vorrangig aus einer ländlichen Perspektive. Seine Grundannahme ist dabei, dass „sich die Politik Warschaws gegenüber dieser Region nicht in erster Linie an den Maximen einer Minderheitenpolitik orientierte“.³⁶ Dennoch konnte jeder öffentliche Akt minderheitenpolitische Relevanz erlangen. Lohnend ist diese Herangehensweise, wenn sie etwa den Blick für generelle Probleme schärft, die aus der minderheitenpolitischen Perspektive leicht zu übersehen sind. So weist Benecke recht eindrücklich nach, dass die Schulsituation wesentlich stärker durch mangelnde finanzielle Ausstattung, wenig qualifiziertes Personal, fehlende Gebäude und die teils große Skepsis der Bauernschaft gegenüber dem Wert schulischer Bildung geprägt wurde als durch die von Weißrussen und Ukrainern als Polonisierungsmaßnahme empfundene Schulpolitik Władysław Grabskis.³⁷ Dennoch unterschätzt er dabei die symbolische Wirkung einer solchen Politik.

Mit der Sicherheitspolitik und Irredenta-Problematik spricht Benecke hingegen ein Problem an, das einen wichtigen Erklärungsansatz für die von militärischen Interessen und Sicherheitsdenken geleitete Minderheitenpolitik der späten 1930er Jahre bietet. Sowohl die Sowjetunion als auch das Deutsche Reich versuchten durch Unterstützung ukrainischer – auch terroristischer – Organisationen eine Destabilisierung des polnischen Staates zu erreichen. Die als Pazifizierungen bezeichneten staatlichen Gegenmaßnahmen, obendrein meist ortsfremder polnischer Sicherheitskräfte, fanden nicht selten unter Anwendung massiver Gewalt statt und trugen ihr Übriges zur Belastung des Verhältnisses zwischen örtlicher Bevölkerung und Staat bei.³⁸

Eugeniusz Mironowicz nimmt hingegen die große Diskrepanz zwischen den Programmen, die aus den offiziellen Erklärungen und der regierungsnahen Publizistik zur Minderheitenpolitik hervorgingen, und der realen Politik zum Ausgangspunkt für seine detailreiche Studie zur Politik des Piłsudski-Lagers gegenüber Ukrainern und Weißrussen.³⁹ Dabei kann er am Beispiel der Letzteren zeigen, dass keineswegs alle Minderheiten von den vergleichsweise liberalen minderheitenpolitischen Konzepten nach dem Maiputsch profitierten. Waren die Weißrussen vor 1921 noch Bestandteil etwaiger Föderationspläne gewesen, verschwanden sie zunehmend aus den minderheitenpolitischen Programmen. So wurde deren Nationalbewegung in Folge des Verbots der – kommunistisch unterwanderten – *Hramada*, einer 1925 von weißrussischen Abgeordneten des polnischen Sejms gegründeten Arbeiter- und

³⁶ BENECKE (wie Anm. 11), S. 4.

³⁷ Vgl. ebenda, S. 247-267.

³⁸ Vgl. ebenda, S. 78 ff. Beschreibungen solcher Pazifizierungen finden sich bei SHIMON REDLICH: *Together and Apart in Brzezany. Poles, Jews, and Ukrainians, 1919-1945*, Bloomington 2002, S. 68 ff.

³⁹ Damit setzt er sich unausgesprochen von PARUCH (wie Anm. 22) ab. Vgl. MIRONOWICZ (wie Anm. 11), S. 29.

Bauernpartei, ab 1927 zunehmend marginalisiert und verfolgt.⁴⁰ In der Volkszählung von 1931 wurde die Zahl der weißrussischen Bevölkerung durch Manipulationen künstlich verringert, da sie als sogenannte „Hiesige (*tutejsi*)“ geführt wurden.⁴¹ Letztlich, so Mironowicz, wurden dadurch viele dem polnischen Staat gegenüber zunächst positiv eingestellte Weißrussen enttäuscht und verwandelten sich in Staatsfeinde, die ihre Partner nun außerhalb der polnischen Grenzen suchten.⁴² Dieses Bild, so das Resümee seines Buches, gelte gleichermaßen für die Ukrainer.⁴³

Gleich zwei Studien der letzten Jahre widmen sich Wolhynien und dem sogenannten wolhynischen Experiment Henryk Józefskis, dem mit Unterbrechungen von 1928 bis 1938 amtierenden Woiwoden. Während Timothy Snyder Józefskis bewegte Biografie als Rahmen seiner Studie wählt, untersucht Cornelia Schenke mit einem politikhistorischen Zugang das polnisch-ukrainische Verhältnis in dieser Woiwodschaft.⁴⁴ Beide Blickwinkel besitzen ihre Berechtigung und ergänzen sich zu einem vielschichtigen Porträt der polnischen Politik gegenüber Ukrainern und der Ukraine. Snyder betont dabei vor allem die außen- und sicherheitspolitischen Aspekte. Er verortet Józefskis wolhynische Politik als integralen Bestandteil eines – so Snyder – „Kalten Kriegs“ *en miniature*⁴⁵, den sich Polen und die Sowjetunion um die Ukraine lieferten. Er führt aus, wie beide Staaten wechselseitig versuchten, die ukrainische Frage gegen den jeweils anderen zu instrumentalisieren: Das in den gescheiterten polnischen Föderationsplänen wurzelnde Projekt des Prometheus⁴⁶ hatte zum Ziel, die Sowjetunion durch Unterstützung der Nationalbewegungen in ihrer Peripherie zu destabilisieren. Diese wiederum verfolgte ähnliche Ziele mit der Unterstützung der Kommunistischen Partei der Westukraine und deren Vorfeldorganisationen sowie der Förderung ukrainischer Kader und Kulturschaffender in der Sowjet-Ukraine. Laut Snyder war Józefskis Politik Teil des prometheischen Programms, mit dem Wolhynien vom sowjetischen Einfluss befreit und mit Unterstützern aus der Petljura-Emigration, also den Anhängern Symon Petljuras, der 1920 als Regierungschef der Ukrainischen Volksrepublik eine Allianz mit Polen geschlossen hatte, zu einem ukrainischen Piemont werden sollte. Józefski wollte durch eine Förderung der ukrainischen Kultur und vor allem durch ein polnisch-ukrainisches

⁴⁰ Ebenda, S. 67 f.

⁴¹ Ebenda, S. 94.

⁴² Ebenda, S. 177.

⁴³ Ebenda, S. 406.

⁴⁴ SCHENKE (wie Anm. 21), bietet über das Kernthema Wolhynien hinaus auch eine umfangreiche, gut lesbare Einführung in die Minderheitenpolitik der Zweiten Polnischen Republik und deren konzeptionelle Grundlage.

⁴⁵ SNYDER, *Sketches of a Secret War* (wie Anm. 11), S. 247.

⁴⁶ Zum Prometheus vgl. MAREK KORNAK: *Ruch prometejski – ważne doświadczenie polityki zagranicznej II Rzeczypospolitej* [Die Prometheus-Bewegung – eine wichtige Erfahrung der Außenpolitik der Zweiten Republik], in: *Nowa Europa Wschodnia* 2 (2008), S. 76-86.

Vereins- und Organisationswesen einen pro-polnisch ausgerichteten ukrainischen Nationalismus entwickeln.⁴⁷ In dessen Konsequenz sollte auf dem Gebiet der Sowjet-Ukraine ein unabhängiger, mit Polen eng verbündeter ukrainischer Staat entstehen, während die in Polen lebenden Ukrainer zu loyalen Staatsbürgern hätten werden sollen.

Nicht nur diesen Punkt der „wolyhynischen Ideologie“ betrachtet Cornelia Schenke ausgesprochen kritisch, da sich hier auch Józefskis Überzeugung von der Höherwertigkeit der polnischen Kultur manifestiere.⁴⁸ Sie untersucht die Politik in Wolhynien, auch jene vor und nach Józefski, vorrangig aus innenpolitischer Perspektive und weist nach, dass Józefskis Politik nicht nur durch sein Programm geprägt war, sondern vor allem auch durch seine unzureichende „Gradlinigkeit und Aufrichtigkeit“⁴⁹. So arbeitet sie etwa heraus, wie die wolyhynischen Ukrainer trotz der polnisch-ukrainischen Verständigungsrhetorik in ihren politischen Freiheiten wesentlich weiter eingeschränkt waren als etwa die als staatsfeindlich geltenden ostgalizischen Ukrainer, vor deren „negativen Einfluss“ sie durch staatliche Zensur abgeschirmt werden sollten.⁵⁰ Ukrainische Organisationen, die sich nicht völlig der Idee eines polnischen ukrainischen Nationalismus anpassen wollten, wurden kriminalisiert.⁵¹ Auch war es vor allem die polnische Bevölkerung in Wolhynien, die mit ihrem „defensiven Nationalismus“ die von Józefski geplanten polnisch-ukrainischen gesellschaftlichen Organisationen sehr distanziert betrachtete.⁵²

Das Scheitern der wolyhynischen Politik wurde im April 1938 mit der Aberufung Józefskis als Woiwode besiegelt. Snyder und Schenke stellen übereinstimmend fest, dass die außenpolitischen Ziele seines Experiments bereits mit dem polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1932 eine längerfristige Perspektive verloren hatten. Umso mehr galt dies, als die Reste einer ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung in der Sowjet-Ukraine durch die brutale Repression der sowjetischen Behörden zerschlagen worden waren.⁵³ Auch innenpolitisch war Józefski zunehmend isoliert und wurde auf Betreiben der polnischen Bevölkerung Wolhyniens und der Lubliner Militärbezirksführung abgesetzt, die in seiner inzwischen als viel zu ukrainerfreundlich eingeschätzten Politik nur noch ein Sicherheitsrisiko erkennen wollte.⁵⁴

In der Bewertung der Politik Józefskis gehen die Meinungen beider Autoren recht weit auseinander: Für Schenke diskreditierte sie sich durch ihren repressiven Charakter, der den Ukrainern einen engen Rahmen für eine legale

⁴⁷ SNYDER, *Sketches of a Secret War* (wie Anm. 11), S. 67-78.

⁴⁸ SCHENKE (wie Anm. 21), S. 248 f.

⁴⁹ Ebenda, S. 244.

⁵⁰ Ebenda, S. 254.

⁵¹ Ebenda, S. 457.

⁵² Ebenda, S. 299.

⁵³ Ebenda, S. 248; SNYDER, *Sketches of a Secret War* (wie Anm. 11), S. 111.

⁵⁴ SCHENKE (wie Anm. 21), S. 390-396, SNYDER, *Sketches of a Secret War* (wie Anm. 11), S. 157 ff.

politische und gesellschaftliche Betätigung vorgab. Letztlich blieben sie Objekte einer Politik, die sie zwar offiziell mitgestalten sollten, in der sie aber *de facto* keine größeren Einflussmöglichkeiten besaßen.⁵⁵ Zudem hatte Józefski nach 1935 nach Schenkes Ansicht durchaus eine Reihe von Zugeständnissen an den immer stärker werdenden polnischen Nationalismus gemacht und damit die Aushöhlung seiner eigenen Politik letztlich selbst mit betrieben.⁵⁶

Zwar sieht auch Snyder die problematischen Seiten von Józefskis Politik – etwa die fehlende Kooperationsbereitschaft der Polen in Wolhynien, die ja oft als Verwaltungsbeamte, Polizisten und Lehrer den Staat repräsentierten, die fehlende Perspektive für Ukrainer, in wirklich einflussreiche Positionen im Staat aufzurücken, sowie auch den elitären und undemokratischen Charakter des gesamten Projekts.⁵⁷ Dennoch betrachtet er Józefskis Ideen als Versuch einer „alternative[n] Moderne“ zur Schaffung eines polnischen Staates jenseits des Nationalismus und gegen den Geist der Zeit.⁵⁸

Tatsächlich dürfte das wolhynische Experiment der weitestgehende Versuch einer alternativen Nationalitätenpolitik gewesen sein. In der Zusammenschau der außenpolitischen Kontextualisierung von Józefskis Politik durch Snyder und der innenpolitischen durch Schenke stellt sich die Frage, warum die Durchführung einer weitreichenden, auf Verständigung angelegten Regionalpolitik nur in Wolhynien angegangen wurde.⁵⁹ Offenbar war auch das von Piłsudski geführte *Sanacja*-Lager nur dann zu einer weitreichenden Bewegung in Minderheitenfragen bereit, wenn dies konkrete außen- oder sicherheitspolitische Erfolge versprach. Eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Minderheiten und polnischer Mehrheit allein reichte hierzu anscheinend nicht aus.

Auch wenn sich die Interessenkonflikte zwischen polnischer und nicht-polnischer Bevölkerung auf der politischen Ebene nicht lösen ließen und die Spannungen vor allem gegen Ende der 1930er Jahre wuchsen, führten diese auf lokaler Ebene, in kleineren und größeren Städten, nicht unbedingt zu einer gegenseitigen Abschottung der Nationalitäten. Philipp Ther etwa zieht aus dem Beispiel Lembergs den Schluss, dass sich die interethnischen Beziehungen nach dem Schock des Bürgerkriegs teilweise erholten und auch Versuche, einen Ausgleich zwischen Ukrainern und Polen zu finden, nicht von vornherein ausgeschlossen wurden.⁶⁰ Weit skeptischer beurteilt hingegen Anna

⁵⁵ SCHENKE (wie Anm. 21), S. 456 ff.

⁵⁶ Ebenda, S. 395.

⁵⁷ SNYDER, *Sketches of a Secret War* (wie Anm. 11), S. 136 ff.

⁵⁸ Ebenda, S. XIV.

⁵⁹ So hatte etwa Tadeusz Hołowko nach dem Beginn von Józefskis Experiment gefordert, dessen Politik gegenüber der nicht-polnischen Bevölkerung zum Standard in allen Ostgebieten zu erheben, vgl. ebenda, S. 74.

⁶⁰ PHILIPP THER: Chancen und Untergang einer multinationalen Stadt. Die Beziehungen zwischen den Nationalitäten in Lemberg in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert. Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich, hrsg. von HOLM SUNDHAUSSEN und PHILIPP THER, Wiesbaden 2001, S. 123-

Veronika Wendland die Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen in den Städten Lemberg und Wilna, wo sie eine Überlagerung ethnischer und sozialer Konflikte wahrnimmt. Diese, so Wendland, hätte dazu geführt, dass die Zeitgenossen soziale Probleme, die im Zuge der voranschreitenden Urbanisierung entstanden, als ethnisch-kulturell begründet eingeschätzt hätten.⁶¹ In Grodno macht Felix Ackermann wiederum eine starke Verzahnung wirtschaftlicher und kultureller Räume vor allem in den polnisch-jüdischen Beziehungen aus. Diese hätten allerdings unter dem Eindruck des zunehmenden Antisemitismus der 1930er Jahre ernste Brüche erlitten. Weißrussische Akteure ließen sich hingegen in der Stadt nur schwer nachweisen.⁶² Shimon Redlich stellt in seiner – zum großen Teil auf Interviews mit polnischen, jüdischen und ukrainischen Einwohnern der galizischen Kleinstadt Brzezany beruhenden – Studie fest: „At least some of the Hapsburg legacy of multiculturalism and moderation seemed to prevail in interwar Brzezany.“⁶³ Dennoch habe es durchaus Antisemitismus gegeben, und „Pazifizierungen“ sowie die Unterdrückung der ukrainischen Nationalbewegung hätten die Nationalitätenbeziehungen belastet.⁶⁴ Das betreffende Kapitel seiner Studie, die insgesamt den Zeitraum bis 1945 umfasst, betitelt er dennoch mit „The Good Years“.

Lokalstudien, die sich auf städtische Räume konzentrieren, betrachten zu meist längere Zeitspannen als die gut zwanzig Jahre der Zweiten Republik, da sie gerade darauf abzielen, die Auswirkungen von Umbrüchen auf das städtische Zusammenleben zu untersuchen. Dies birgt durchaus Vorteile: So wird zum einen ein Ungleichgewicht vermieden, das in den Studien Schenkes, Beneckes und Mironowiczs vorhanden ist: die Fixierung auf einen dichotomen Untersuchungsgegenstand mit Polen auf der einen und Ukrainern beziehungsweise Weißrussen auf der anderen Seite. In den Arbeiten zu den *Kresy* werden die Juden, die dritte große Minderheitengruppe in der Region, ausgeklammert, obwohl sie mit etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung eine keinesfalls zu vernachlässigende Gruppe darstellten. Dies gilt umso mehr, als

145, hier S. 136; weitere Aufschlüsse in Bezug auf die interethnischen Beziehungen in Lemberg gibt das Werk von CHRISTOPH MICK: *Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt. Lemberg 1914-1947*, Wiesbaden 2010 (Quellen und Studien des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 22), das zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Beitrags noch nicht vorlag.

⁶¹ ANNA VERONIKA WENDLAND: „Europa“ zivilisiert den „Osten“. Stadthygienische Interventionen, Wohnen und Konsum in Wilna und Lemberg 1900-1930, in: *Wohnen in der Großstadt 1900-1939. Wohnsituation und Modernisierung im europäischen Vergleich*, hrsg. von ALENA JANATKOVÁ und HANNA KOZIŃSKA-WITT, Stuttgart 2006 (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa, 26), S. 271-295.

⁶² FELIX ACKERMANN: *Palimpsest Grodno, Nationalisierung, Nivellierung und Sowjetisierung einer mitteleuropäischen Stadt 1919-1991*, Wiesbaden 2010 (Quellen und Studien des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 23). Ich danke dem Autor, der mir das unveröffentlichte Manuskript zur Lektüre überließ.

⁶³ REDLICH (wie Anm. 38), S. 164.

⁶⁴ Ebenda.

sie eine vorrangig urbane Bevölkerungsgruppe waren, die in kleineren Städten sogar gelegentlich die Mehrheit stellte. Einzig Snyder gelingt es durch seinen Zugang über die Person Józefskis, den jüdischen Aspekt seiner Minderheitenpolitik zu integrieren, was zu aufschlussreichen Erkenntnissen führt.⁶⁵

Zum anderen ermöglicht es der Betrachtungszeitraum der Lokalstudien über das Jahr 1939 hinaus, die konkrete Kriegssituation, die interethnischen Konflikte und die Auswirkung des deutschen Massenmords an der jüdischen Bevölkerung in eine direkte Relation zur Zeit vor Kriegsbeginn zu setzen. Die direkte Gegenüberstellung von Kriegs- und Friedenszeiten, ohne die einen als bloßes Vorspiel oder direkte Folge der anderen zu betrachten, ermöglicht es, beide Phasen zu „eigenem Recht“ zu analysieren. Die traditionelle Versuchung des Historikers, Geschichte von ihrem Ende her zu beurteilen⁶⁶, wird, wie Philipp Ther ausführt, gemindert, indem beide verglichen werden, statt nur eine zu betrachten, die andere aber – gewollt oder ungewollt – mitzudenken.⁶⁷

Studien zu den Minderheiten im politischen Leben der Zweiten Republik

Ein breites Forschungsinteresse hat auch die Teilnahme der einzelnen Minderheiten am politischen Leben des polnischen Staates hervorgerufen. Nicht weniger als fünf Monografien sind seit dem Jahr 2000 erschienen, die sich mit deutschen, jüdischen und ukrainischen Abgeordneten in Sejm und Senat befassen.⁶⁸ Szymon Rudnicki macht deutlich, dass die Tätigkeit von

⁶⁵ So führt er etwa aus, wie Józefski trotz seines Bündnisses mit Petljura-Anhängern und seiner streng antikommunistischen Haltung den Antisemitismus entschlossen zurückwies, was sich auch darin äußerte, dass es Ende der 1930er Jahre in Wolhynien – gegen den gesamt-polnischen Trend – kaum zu anti-jüdischen Ausschreitungen gekommen sei. Vgl. SNYDER, *Sketches of a Secret War* (wie Anm. 11), S. 74. Zu den Juden in Wolhynien vgl. auch DERS.: *Leben und Sterben der Juden in Wolhynien*, in: *Osteuropa* (2007), 4, S. 123-142, vor allem S. 124-129.

⁶⁶ THER (wie Anm. 60), S. 144 f., führt dies am Beispiel Lembergs überzeugend vor.

⁶⁷ So verweist etwa der Titel von CELIA S. HELLERS Studie zur Situation der Juden in der Zweiten Republik: *On the Edge of Destruction: Jews of Poland between the two World Wars*, Detroit 1977, auf die Katastrophe des Holocaust hin, ohne dass diese eigentlich Thema des Buches ist. Zu einem ähnlichen Schluss wie THER kommt auch REDLICH (wie Anm. 38), S. 163 f.

⁶⁸ JANUSZ FAŁOWSKI: *Parlamentarzyści Mniejszości Niemieckiej w Drugiej Rzeczypospolitej* [Parlamentarier der deutschen Minderheit in der Zweiten Polnischen Republik], Częstochowa 2000; DERS.: *Posłowie żydowscy w Sejmie Ustawodawczym 1919-1922*, Częstochowa 2000 (Biuletyn Instytutu Filozoficzno-Historycznego Wyższej Szkoły Pedagogicznej w Częstochowie, 25/7); DERS.: *Mniejszość żydowska w Parlamencie II Rzeczypospolitej (1922-1939)* [Die jüdische Minderheit im Parlament der Zweiten Polnischen Republik (1922-1939)], Kraków 2006; SZYMON RUDNICKI: *Żydzi w Parlamencie II Rzeczypospolitej* [Juden im Parlament der Zweiten Polnischen Republik], Warszawa 2004; MIROSLAW SZUMIŁO: *Ukraińska Reprezentacja Parlamentarna w Sejmie i*

Vertretern der nationalen Minderheiten bei den Nationaldemokraten auf breite Ablehnung stieß, da sie ihnen das Recht absprachen, über das Schicksal Polens mitbestimmen zu dürfen. Nachdem sich ihr Kandidat bei der Präsidentschaftswahl nicht hatte durchsetzen können, entfachten die Nationaldemokraten eine heftige Kampagne gegen den Wahlsieger Gabriel Narutowicz. Der von scharfen antisemitischen Untertönen begleitete Vorwurf lautete, dass er mit nicht-polnischen Stimmen gewählt worden sei und ihm somit die Legitimität für dieses Amt fehle.⁶⁹ Wenige Tage nach dem Wahlsieg wurde Narutowicz von einem nationalistischen Fanatiker am 16. Dezember 1922 ermordet. Mit der Kampagne und ihrem tragischen Ende, so Rudnicki, führten die Nationaldemokraten den Minderheiten klar vor Augen, dass sie als gleichberechtigte „Hausherren“ (*współgospodarzy*) in Polen nicht akzeptiert werden würden.⁷⁰

Folgerichtig sahen die meisten parlamentarischen Vertreter der Minderheiten ihre vorrangige Aufgabe in der Vertretung der Interessen ihrer jeweiligen nationalen Gruppe, was nicht bedeutet, dass sie sich darauf beschränkten. Zur Interessenvertretung nutzten die einzelnen Minderheitenvertreter aber nach Möglichkeit auch außerparlamentarische Foren wie etwa den Völkerbund oder den Europäischen Nationalitätenkongress.⁷¹ Die deutschen Abgeordneten konnten zudem auf die Unterstützung des Deutschen Reiches bei der Durchsetzung ihrer Rechte zählen. Dennoch bemühten auch sie sich um eine Verständigung mit den polnischen Regierungen.⁷²

Während Rudnicki den jüdischen Abgeordneten eine durchgehend loyale Haltung gegenüber dem polnischen Staat attestiert⁷³, beurteilt Mirosław Szumiło den Fall der von der Ukrainischen Nationaldemokratischen Allianz

Senacie RP (1928/1939) [Ukrainische Parlamentsabgeordnete im Sejm und im Senat während der Zweiten Polnischen Republik (1928/1939)], Warszawa 2007.

⁶⁹ Zwar hatte der Minderheitenblock in der entscheidenden Sitzung für Narutowicz gestimmt, den Ausschlag für dessen Sieg hatte aber vor allem die Unterstützung durch die Bauernpartei PSL „Piast“ gegeben. Vgl. TOMASZEWSKI, Rzeczpospolita (wie Anm. 7), S. 7-11.

⁷⁰ RUDNICKI (wie Anm. 68), S. 162. Vgl. auch JANUSZ FAŁOWSKI: Sejm I kadencji RP wobec sprawy zabójstwa prezydenta Gabriela Narutowicza [Der erste Sejm der Republik Polen angesichts des Mordes an Präsident Gabriel Narutowicz], in: Biuletyn Instytutu Filozoficzno-Historycznego Wyższej Szkoły Pedagogicznej w Częstochowie 7 (1996), S. 19-33.

⁷¹ FAŁOWSKI, Parlamentarzyści (wie Anm. 68), S. 365; SZUMIŁO (wie Anm. 68), S. 275-278. Allgemein zum Minderheitenschutz des Völkerbunds vgl. MARTIN SCHEUERMANN: Minderheitenschutz contra Konfliktverhütung? Die Minderheitenpolitik des Völkerbundes in den zwanziger Jahren, Marburg 2000 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, 6), zu Polen vor allem S. 88-148. Zum Europäischen Nationalitätenkongress vgl. SABINE BAMBERGER-STEMMANN: Der Europäische Nationalitätenkongress 1925 bis 1938. Nationale Minderheiten zwischen Lobbyistentum und Großmachtinteressen, Marburg 2000 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, 7).

⁷² FAŁOWSKI, Parlamentarzyści (wie Anm. 68), S. 365.

⁷³ RUDNICKI (wie Anm. 68), S. 410.

(UNDO) dominierten ukrainischen parlamentarischen Vertretung anders. Er gliedert ihre erst 1928 einsetzende Tätigkeit in Sejm und Senat in drei Phasen: In den ersten beiden Jahren habe sie sich in der Fundamentalopposition befunden und die Rechtmäßigkeit der polnischen Hoheit über Ostgalizien und Wolhynien bestritten. Seit 1930 sei sie zu einer überwiegend sachlichen Oppositionsarbeit übergegangen. Um das Jahr 1935 herum habe sie schließlich im Tausch gegen eine territoriale Autonomie in den ukrainisch besiedelten Gebieten Kompromissbereitschaft gezeigt.⁷⁴

Höhepunkt dessen – so Szumiło – sei das Normalisierungsabkommen zwischen UNDO und polnischer Regierung aus dem Frühjahr 1935 gewesen, zu dessen wichtigsten Architekten und Verfechtern auf ukrainischer Seite Wasyl Mudryj⁷⁵ gehörte. Da die polnische Regierung jedoch ab 1936 die Umsetzung der gegebenen Zusagen sukzessive zurückgenommen habe, sei die UNDO schließlich in die Opposition zurückgekehrt. Dennoch habe Mudryj in der letzten Sitzung des Sejms am 2. September 1939 im Namen der UNDO und der gesamten ukrainischen Gesellschaft seine Loyalität gegenüber Polen erklärt.⁷⁶ Rudnicki unterstreicht, dass dies ebenso für die jüdischen Abgeordneten gegolten habe.⁷⁷

Die Einstellung der Minderheitenvertreter im Sejm zum Piłsudski-Lager nach den Ereignissen vom Mai 1926 war durchaus ambivalent. So konnte Piłsudskis Geringschätzung des Parlaments sicher nicht auf ihr Wohlwollen treffen. Rudnicki unterstreicht, dass die Kriminalisierung der weißrussischen *Hramada*, in deren Zuge auch fünf Sejmabgeordnete verhaftet wurden, für einige Unruhe unter den Abgeordneten der nationalen Minderheiten gesorgt habe. Zugleich zeigt er aber, dass sich die meisten jüdischen Abgeordneten nicht zu einer Verurteilung dieses Vorgehens durchringen konnten, um das Verhältnis zur neuen Regierung nicht zu belasten.⁷⁸ Das zunächst gegebene Versprechen des Piłsudski-Lagers, für die volle Gleichberechtigung aller Bürger einzutreten, war wiederum ein gewichtiger Grund für eine positive Haltung zur *Sanacja*-Regierung. Dies galt umso mehr, als die chauvinistische Rhetorik der Nationaldemokraten gegenüber den Minderheiten auch nach dem Maiputsch anhielt.⁷⁹ Nach Piłsudskis Tod 1935 und angesichts der schnellen Annäherung seiner Nachfolger an nationaldemokratische Positionen ging dieser Aspekt freilich verloren.

Waldemar Paruch skizziert, welche herausgehobene Stellung die Selbstverwaltungen in den politischen Konzepten des Piłsudski-Lagers zur Minderhei-

⁷⁴ SZUMIŁO (wie Anm. 68), S. 292-294.

⁷⁵ Zu dessen Tätigkeit und seiner lang anhaltenden Unterstützung dieses Projekts vgl. auch TOMASZ PŁONKA: Działalność parlamentarna Wasyla Mudrego w latach 1935-1939 [Die Parlamentstätigkeit von Wasyl Mudry 1935-1939], in: Biuletyn Ukrainoznawczy 9 (2003), S. 67-82.

⁷⁶ SZUMIŁO (wie Anm. 68), S. 227-240.

⁷⁷ RUDNICKI (wie Anm. 68), S. 407.

⁷⁸ Ebenda, S. 232 f.

⁷⁹ Ebenda, S. 410.

tenpolitik einnahmen.⁸⁰ Indessen ist die Rolle der Deputierten von Minderheiten in diesen Körperschaften ein bisher kaum erforschter Gegenstand. In den Studien von Benecke und Schenke werden die lokalen Selbstverwaltungen nur am Rande betrachtet, wobei beide feststellen, dass die Repräsentation der Minderheiten in den Gemeinderäten in etwa ihrem prozentualen Anteil an der Bevölkerung entsprach. Diese hatten jedoch nur sehr geringe Entscheidungsbefugnisse gegenüber den polnischen Starosten. Darüber hinaus sei der Gestaltungsspielraum der Selbstverwaltungen ohnehin durch die angespannte Finanzsituation – die Gemeinden mussten 25 Prozent der in den Ostgebieten extrem hohen Kosten des Sicherheitsapparats übernehmen – äußerst gering gewesen.⁸¹ Für die wlohynischen Städte wiederum merkt Snyder an, dass hier vor dem Maiputsch die städtische jüdische Bevölkerungsmehrheit auch in den Stadträten dominiert habe. Diese „Blüte kommunaler Autonomie“⁸² für die Juden sei erst unter dem Woiwoden Józefski beendet worden, der die Wahlergebnisse zugunsten der Polen manipuliert habe. Als Hintergrund vermutet Snyder, dass Józefski die wlohynischen Juden vor allem deshalb aus den Ämtern drängte, weil sie zumeist russischsprachig waren. Schließlich seien über die Liste des wlohynischen Parteilosen Blocks zur Zusammenarbeit mit der Regierung (*Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem*) auch zwei jüdische Mitglieder in den Sejm gewählt worden.⁸³

Gertrud Pickhan und Jacek Walicki betrachten die Arbeit der jüdischen Stadtverordneten des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes⁸⁴ und der Zionisten⁸⁵ und weisen nach, dass diese Parteien überaus aktiv in den lokalen Selbstverwaltungen mitarbeiteten, nicht zuletzt deshalb, weil hierdurch die Zuweisung öffentlicher Mittel an jüdische Einrichtungen, wie etwa Krankenhäuser, gesichert werden konnte. In einer vergleichenden Perspektive untersucht Hanna Kozińska-Witt die Rolle der jüdischen Abgeordneten in Posen und Krakau und weist darauf hin, dass es zumindest in Krakau zu einer engen Zusammenarbeit von jüdischen und nicht-jüdischen Stadträten kam.⁸⁶ Eine Studie etwa zur Rolle der städtischen Selbstverwaltung in Lemberg oder

⁸⁰ Vgl. PARUCH (wie Anm. 22), S. 92 f.

⁸¹ BENECKE (wie Anm. 11), S. 165-197; SCHENKE (wie Anm. 21), S. 143-150.

⁸² SNYDER, *Leben und Sterben* (wie Anm. 65), S. 124.

⁸³ SNYDER, *Leben und Sterben* (wie Anm. 65), S. 126, zufolge waren auch die meisten Mitglieder Juden.

⁸⁴ GERTRUD PICKHAN: *Gegen den Strom. Der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Polen 1918-1939*, Stuttgart u.a. 2001 (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, 1), S. 352-372.

⁸⁵ JACEK WALICKI: *Ruch syjonistyczny w Polsce w latach 1926-1930* [Die zionistische Bewegung in Polen 1926-1930], Łódź 2005, S. 413-419.

⁸⁶ HANNA KOZIŃSKA-WITT: *Jewish Partizipation in Autonomous Administration. Kraków and Poznań in the Second Polish Republic*, in: *Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts* 7 (2008), S. 189-213, hier S. 212; die Autorin bereitet gegenwärtig eine umfangreiche Studie über Juden in den lokalen Selbstverwaltungen Posens, Krakaus und Warschaws vor.

Wilna, in der mehr als nur eine nationale Minderheitengruppe vertreten ist, steht unterdessen noch aus.

Die Bedeutung der Kategorie Religion für die Minderheitenpolitik

Die Frage nach der Rolle von Religionsgemeinschaften für die Minderheitenpolitik der Zweiten Polnischen Republik ist bisher wenig erforscht worden. Einzig zur orthodoxen Kirche liegen seit den 1980er Jahren Forschungsergebnisse vor, die auf einen hohen Stellenwert der Religion innerhalb der polnischen Minderheitenpolitik hindeuten.⁸⁷ Auch alle bisher erwähnten Studien zu den Ostgebieten gehen darauf ein.

Sowohl Benecke als auch Schenke und Snyder verweisen auf das lebhaftes Interesse des polnischen Staates an den Belangen der orthodoxen Kirche, die 1924 auf heftiges Drängen der Regierung hin die Autokephalie erlangte.⁸⁸ Sie galt vor wie auch nach Piłsudskis Machtübernahme als stabilisierender Faktor in den polnischen Ostgebieten. Benecke vertritt den Standpunkt, dass der polnische Staat bis ins erste Drittel der 1930er Jahre hinein eine „differenzierte und flexible Politik der indirekten Leitung“⁸⁹ umgesetzt und eine Mittlerrolle zwischen inneren und äußeren Konkurrenten eingenommen habe. Im Gegenzug habe die Kirche sich grundsätzlicher Kritik am Staat enthalten und stets ihre Loyalität Polen gegenüber betont.⁹⁰ Schenke und mehr noch Snyder heben hingegen hervor, dass Henryk Józefski die Ukrainisierung der orthodoxen Kirche staatlicherseits tatkräftig unterstützt habe und sich dafür sogar zeitweilig zum Innenminister ernennen ließ. Er und die anderen Anhänger des Prometheismus hätten sich dadurch einerseits eine weitere Zurückdrängung russischer und auch sowjetischer Einflüsse erhofft und sich andererseits eine deutliche Verbesserung der Einstellung zumindest den orthodoxen Ukrainern gegenüber dem polnischen Staat versprochen – nicht zuletzt deshalb, weil der Wunsch nach Ukrainisierung von den Gläubigen selbst kam, wie Snyder und Schenke belegen.⁹¹

Im Zuge der Machtverschiebungen nach Piłsudskis Tod entschloss sich die Warschauer Regierung jedoch zu einer Abkehr von dieser Politik hin zu einer Polonisierung der Kirche. Obwohl die Kirchenleitung auch dies akzeptierte, wurden Ende der 1930er Jahre während der Kampagnen zur „Wiedergewinnung der Seelen“ und zur „Wiedergewinnung des Kleinadels“ erhebliche An-

⁸⁷ MIROSLAWA PAPIERZYŃSKA-TUREK: *Między tradycją a rzeczywistością. Państwo wobec prawosławia* [Zwischen Tradition und Wirklichkeit. Das Verhältnis des Staates zu den orthodoxen Christen], Warszawa 1989.

⁸⁸ SCHENKE (wie Anm. 21), S. 190-193; BENECKE (wie Anm. 11), S. 201-204; SNYDER (wie Anm. 10), S. 149 f.

⁸⁹ BENECKE (wie Anm. 11), S. 244.

⁹⁰ Ebenda, S. 244 f.

⁹¹ SNYDER, *Sketches of a Secret War* (wie Anm. 11), S. 149-154; SCHENKE (wie Anm. 21), S. 199-206, 264-266.

strengungen unternommen, orthodoxe Christen zur Konversion zum römisch-katholischen Glauben zu bewegen. Dabei schreckten die Militärs auch nicht vor Einschüchterungen zurück. Ab 1938 zerstörten polnische Sicherheitskräfte sogar eine große Zahl orthodoxer Kirchen in Wolhynien, Polesien und dem Chelmer Land.⁹²

Trotz dieser Exzesse in den letzten Jahren der Zweiten Republik zeigt das Beispiel der orthodoxen Kirche, dass die Regierung die Religionsgemeinschaften durchaus als Repräsentanten der nicht-polnischen Bevölkerung betrachtete. Wie Maria Dold in einem Aufsatz zum Warschauer Institut für jüdische Studien darlegt, unterstützte das Piłsudski-Lager etwa die Einführung einer einheitlichen, im gesamten Land geltenden Organisationsform der jüdischen Gemeinden⁹³ und subventionierte die Rabbinerausbildung.⁹⁴ Die griechisch-katholische Kirche unter ihrem Metropoliten Andrij Šeptytskyj verstand sich selbst als Vertreterin der galizischen Ukrainer und wurde auch als solche wahrgenommen. Dies führte nicht zuletzt dazu, dass sie für grundsätzlich staatsfeindlich gehalten wurde.⁹⁵ Schon vor längerem hat der Rechtshistoriker Michał Pietrzak darauf hingewiesen, welche wichtige, auch gesetzlich verankerte Rolle die Religion in Staat und Gesellschaft spielte.⁹⁶ Daher drängt sich eine genauere Untersuchung der Rolle nicht römisch-katholischer Religionsgemeinschaften in der Minderheitenpolitik geradezu auf. Schließlich stellte bereits der Leiter der Abteilung für christliche Bekenntnisse im Ministerium für Religion und Volksaufklärung, Wiktor Piotrowicz, 1929 fest:

„Eine gute Religionspolitik, der es gelingt, das Interesse des Staates mit den Interessen und Bestrebungen der einzelnen Konfessionen in Einklang zu bringen, birgt in sich zugleich auch eine gute Nationalitätenpolitik.“⁹⁷

⁹² BENECKE (wie Anm. 11), S. 270-279.

⁹³ PARUCH (wie Anm. 22), S. 105.

⁹⁴ MARIA DOLD: „Eine Frage der nationalen und staatsbürgerlichen Ehre ...“. Majer Bałaban und die jüdische Wissenschaft in Warschau, in: Jüdische Kultur(en) im Neuen Europa. Wilna 1918-1939, hrsg. von HEIDEMARIE PETERSEN und MARINA DMITRIEVA, Wiesbaden 2004, S. 180-197.

⁹⁵ So war die griechisch-katholische Kirche als einzige große Religionsgemeinschaft nicht im „Obersten Gedächtniskomitee“ zum Tode Józef Piłsudskis vertreten, vgl. HEIDI HEIN: Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926-1939, Marburg 2002 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, 9), S. 85.

⁹⁶ MICHAŁ PIETRZAK: Prawo wyznaniowe [Konfessionsrecht], Warszawa 1979, S. 71, stellt fest, dass aufgrund der gesetzlichen Regelungen eine Note im Fach Religion zwingender Bestandteil des Abiturzeugnisses der Zweiten Republik und so eine bekenntnisfreie Schulbildung quasi ausgeschlossen war.

⁹⁷ Zitiert nach PAWEŁ A. LESZCZYŃSKI: Centralna administracja wyznaniowa II RP. Ministerstwo Wyznań Religijnych i Oświecenia Publicznego [Zentrale Konfessionsverwaltung der II. RP. Das Ministerium für Religion und Öffentliche Aufklärung], Warszawa 2006, S. 270.

Resümee

Betrachtet man die Forschungen der letzten Jahre zur Minderheitenpolitik der Zweiten Polnischen Republik, so wird deutlich, dass sich dieses Forschungsfeld zunehmend auffächert. Dies ist zwar kein gänzlich neuer Trend, jedoch scheint die Zahl von Studien zu bestimmten Städten, Regionen und Themenkreisen innerhalb dieses Feldes in gleichem Maße zuzunehmen wie die von allgemeineren Darstellungen über eine oder mehrere Minderheiten im polnischen Staat abnimmt. Dies ist insofern zu begrüßen, als es der Vielschichtigkeit der Thematik besser gerecht wird und eine enger umrissene Analyse deutlich klarere Schlüsse zulässt als eine eher allgemein angelegte.⁹⁸ Dadurch wird es einerseits möglich, die Bandbreite von Diskriminierung, Tolerierung oder auch Versuchen der Einbindung von Minderheiten in den polnischen Staat abzubilden. Andererseits lassen sich so auch die unterschiedliche Involvierung der Minderheitenbevölkerung in die Entstehung des polnischen Staates und dessen Minderheitenpolitik genauer darstellen. Damit treten in der Forschung die polnischen Staatsbürger nicht-polnischer Nationalität immer mehr als Akteure hervor. Als Abgeordnete oder Parteipolitiker sind sie selbstbewusste Subjekte der Minderheitenpolitik und nicht mehr bloße Objekte staatlicher Maßnahmen.

Ein weiterer Trend besteht darin, dass die Bezeichnung „Zwischenkriegszeit“ als Beschreibung dieses historischen Abschnitts immer mehr zugunsten der „Zweiten Polnischen Republik“ in den Hintergrund tritt. Dies ist durchaus als paradigmatisch zu verstehen, trägt die Zwischenkriegszeit doch, wie Philipp Ther unlängst anmerkte, „ihr gewaltsames Ende sogar in ihrem Namen“⁹⁹, während die Bezeichnung „Zweite Republik“ in dieser Hinsicht neutral bleibt.

⁹⁸ Gerade die breiter angelegten Arbeiten haben freilich die Erschließung des Forschungsfeldes erst ermöglicht.

⁹⁹ THER (wie Anm. 60), S. 144.